

Ressort: Politik

Gemeindebund: Hessens Gesetz zum Spekulationsverbot könnte Maßstab werden

Wiesbaden, 08.04.2015, 12:14 Uhr

GDN - Das von Hessen geplante Gesetz zum Spekulationsverbot mit riskanten Zinsgeschäften sollte nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für alle Bundesländer beispielgebend werden. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes, sagte der "Leipziger Volkszeitung" (Donnerstagsausgabe): "Das wäre für uns keine Katastrophe. Schließlich haben schon viele Kommunen reichlich Lehrgeld gezahlt."

Zumindest sollte sich überall eine Aufsichtsbehörde entsprechende Verträge zur Finanzgestaltung kontrollierend ansehen. Es könne nicht sein, dass Gemeinden oder Landkreise "Zinsgeschäfte tätigen, die in keinem Verhältnis zur wirklichen Finanzkraft einer Kommune oder eines Landkreises" stünden. "Insgesamt würde ich jedem Kämmerer davon abraten, solche Geschäfte überhaupt zu machen", sagte Landsberg. Allerdings müsse man auch anerkennen, dass als Ergebnis derartiger Geschäfte nicht immer nur Verluste standen.

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-52639/gemeindebund-hessens-gesetz-zum-spekulationsverbot-koennte-massstab-werden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619